

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Formals „Freiburger Zeitung“)

Abonnementspreis:
Ehemals: 12 Monate 6 Francs 8 Monate 5 Francs 1 Franc
Zusatz: Nr. 14— 5r. 7— Nr. 3.50, Nr. 1.40
Die Samstagnummer allein: pro Jahr 2 Fr. 50, 7/10
Der Besondere ist zu 100. Bei der Zahl beträgt die mehr-
jährigen Abonnements für das Ausland sind am Wohnort
des Abonnenten anzugeben, und dort in der Abonnementspreis zu
erhöhen. Hochabonnements haben: Schweiz, Österreich-Ungarn,
Italien, Dänemark, Schweden und Norwegen 20.

Insertionspreis:
Für den Kanton Freiburg die Zeile 15 Cts.
Für die Schweiz „ „ „ 20 „
Für das Ausland „ „ „ 25 „
Werktagen „ „ „ 50 „
Für größere Aufträge bedeutender Rabatt.

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Verolshofstrasse 38, Freiburg (Schweiz). Telefon 406. — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweiz. Annoncenexpedition A. O. Telefon 1.35.

Verhandlungen in Brest-Litowsk. Territoriale Fragen. — Das Grubenunglück in England.

Von unsern Versorgungen

Ernährungsfragen aller Art beschäftigen heute Behörden und Private. Nicht allein, denn Mangeln sehen heute die Getreidenot und der Brennstoffmangel im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Holz, Kohlen und Torf sind gleich gesucht und gleich teuer.

Für die Kohlenversorgung sind wir auf das Ausland angewiesen. Die Lieferungen werden von Monat zu Monat geringer.

Holz wächst bei uns fast mehr als irgendwo im Ausland. Wir führen es aus. Es wird gut bezahlt.

Torf haben wir wenig, weil die Ausbeutung nicht organisiert ist.

Was haben nun die Bundesbehörden getan, um diesem Notstand abzuhelfen? An dem mangelhaften Zustrom der deutschen Kohlen ist so viel wie nichts zu ändern. Wenn wir dem Berliner „Vorwärts“ glauben wollen, so ist die Kohlennot in großen Städten Deutschlands, wie Berlin, größer als in der Schweiz. Es fehlt an Arbeitern zur Schwing der Kohle aus den Bergwerken und an Eisenbahnwagen zum Transport. Das kann der Bundesrat nicht ändern.

Au der schweizerischen Ausfuhr von riesigen Holzmassen nach dem Auslande, die, wie man sagt, einen Verkaufswert von 15 Millionen per Monat darstellt, kann der Bundesrat auch nichts ändern! Sonst hätte ers offenbar schon versucht!

Es bleibt also nichts übrig, als die Versorgung des Landes mit Torf. Da der Kohlen sowie so im Moos stecken geblieben ist, so kann man davon profitieren und „Burden“ aufladen. Wie er dann hinauskommt, ist Sache des Fuhrmanns und nicht des eidg. Volkswirtschaftsdepartements.

Da sich im Laufe des letzten Frühjahrs eine schweizerische Torfgenossenschaft gebildet hat, die die Ausbeutung der Torflager in der Schweiz bezweckt, so hat der Bundesrat Ende des Jahres 1917 beschossen, der genannten Gesellschaft ein Darlehen von 5 1/2 Millionen Franken zu gewähren.

Dieses Darlehen des Bundes wird in der Presse sehr scharf kritisiert. In den „Basler Nachrichten“ schrieb ein Fachmann am 1. d. d. „Die Torfgenossenschaft besteht aus den verschiedenen großen chemischen Fabriken in Basel, ferner dem Verband schweizerischer Konsumvereine und den großen industriellen Unternehmungen der ganzen Schweiz. Es sind dies die Unternehmungen, die eine

Wirtschaft gemacht haben, die mit den Millionen spielen und die jederzeit bereit sind, für den Lebensnerv ihrer Industrie — das Brennmaterial — Millionen zu opfern. Wenn sie der Torfgenossenschaft selbst nichts mehr geben, so wissen die Aktionäre auch ganz genau, daß das investierte Geld verloren ist.“

Demnach hätte die eidgen. Zentralgewalt, kraft der Generalvollmachten, den reichen Industriellen, welche Millionen von Kriegsgewinnen gemacht haben, auf ihr „Zwängen“ hin, 5 einhalb Millionen dargelehnt, die nach dem Urteil der Sachverständigen zum Voraus als verloren gelten!

Wie aus den Äußerungen der Presse hervorgeht, ist auch die Organisation der schweizerischen Torfgenossenschaft eine verfehlte. Herr Dr. Steiger, eine Autorität in volkswirtschaftlichen Fragen erklärt in einem Artikel der „Basler Nachrichten“ vom 5. ds., daß die Sache leider nicht einwandfrei abgeklärt sei. Die Meldung, der Bundesrat habe „gestützt auf einläßliche Prüfung aller in Betracht fallenden Verhältnisse“ das Darlehen zu gewähren beschlossen, sei in dieser Form der reinen Unklarheit, geeignet, die Öffentlichkeit irre zu führen und offenbar bestimmt, den Effekt der widerständigen Kritik an der schweizerischen Torfgenossenschaft niederzuschlagen. Die Zeitung und Durchführung der Unternehmung sei zunächst einigen Ingenieuren anvertraut worden, die sich im Tunnelbau einen Namen gemacht, aber der Torfindustrie bis jetzt absolut fern gestanden haben. Direktor und Präsident des Verwaltungsrates sei Herr Direktor Schmidlin, ehemaliger Direktor der Seetalbahn, der als unternehmender Mitgründer von verschiedenen nicht glücklichen Unternehmungen von Hochhuber bekannt sei.

Uebereinstimmend mit diesen Ausführungen schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ (Nr. 33 vom 7. ds.) diese Aussetzungen seien so schwach und die Torfindustrie sei einer Erwidierung unfähig. Sollten sie gutheißen sein, so müßte die Gewährung dieses großen Darlehens in eigener Initiative Beleuchtung erfordern.

Zufolge ist, daß diese amtliche Erwidierung bis zur Stunde nicht erfolgte. Warum wohl? Die Frage ist heute am Platze.

Herr Kulturringdirektor Kaufmann in Luzern hat gewiß nicht unrecht, wenn er sagt: Es ist nicht erklärlich, wie nebeneinander die Brennstoffzentrale und die schweizerische Torfgenossenschaft eine zweckmäßige Verteilung der verschiedenen Brennstoffe durchführen können.

Erster Linie muß die Bundesbehörde dafür sorgen, daß ein einheitliches Organ die Brennstoffversorgung des Landes regelt. Das springt ja in die Augen. Wenn beide nebeneinander vorbei „sorgen“, so geschieht es auch hier wie in andern Dingen, daß diejenigen, welche Geld haben und sich hervorzuheben vernehen, bei der Torfgenossenschaft vorzuziehen werden, nachdem sie von der Kohlenzentrale ihre zugehörte Ration erhalten haben. Sie sind dann für alle Fälle gedeckt und versorgt, währenddem andere weder Kohle noch Torf bekommen können, weil der Vorrat nicht hinreicht.

Es ist mit der Kohlenverteilung nicht so gegangen? Wie will man es sonst erklären, daß wir in Freiburg wegen Mangel an Kohle, mitten im Schuljahre sämtliche Lehranstalten schließen mußten, bis zur Univerfiktät, während Kaufmann, Bern, Genf und Zürich getrost weiter heizen können.

Die Anweisung der ungleichen Eile hat hier schwerwiegende Konsequenzen. Nicht nur die Interessen der Jugend stehen im Diefel, sondern auch diejenigen der Bevölkerung. Man denke nur an die Zimmervermieter, deren Wohnungen leer stehen. Man darf sich nicht wundern, wenn sie die Studentenenden schlechtlings answärts vertrieben, an Leute, die einen größeren Wohnsitz haben und die Studenten dann, wie es im Herbst der Fall war, alle Mühe haben, irgendwas unterzukommen.

Die Brotversorgung.

Nach neuesten Meldungen stehen die Ausschichten für die Verfrachtung von Brotgetreide in absehbarer Zeit wieder etwas besser. Es soll auch eine Verfügung des schweizerischen Militärdepartementes in Vorbereitung sein, welche die Herstellung eines neuen Kriegsbrotes vorschreibt, bestehend aus 70 Prozent Vollmehl, 20 Prozent Weizenmehl und 10 Prozent Weizenmehl.

Wie das „Journal de Geneve“ meldet, wäre die Möglichkeit geboten von den Zentralmächten Getreide für die Schweiz zu erhalten. Das „Berne Journal“ äußert dagegen „schwere Bedenken“. Wenn Deutschland, das uns schon Eisen und Kohle liefert, uns auch noch mit Getreide versorgen möchte, gerieten wir zu stark in eine feindselige Abhängigkeit, sagt es. Wenn nichts anderes da wäre, das unsere „Unabhängigkeit“ gefährdet, dürften wir herzlich froh sein und ungarische oder rumänisches oder russisches Weizenbrot dem — Hunger vorziehen. Sonst könnte uns die Entente

zur Herstellung des Gleichgewichtes die Lieferungen von Reis, Mais, Wolle und Baumwolle verdoppeln — wie es bei Bestimmung der Ration geschehen ist. Doch halt. Brot verkauft ja gegen die Neutralität!

Die Haltung des Vatikan.

Anlässlich der Reden von Lloyd George und Wilson schreibt der „Espresso Romano“ in einem unterzeichneten Artikel, daß die Stellung des Papstes seit Beginn des Krieges zu Unrecht als neutral bezeichnet worden sei, da sie vielmehr die einer vollständigen und freien Unparteilichkeit gewesen sei. Der Heilige Stuhl hielt ganz in Wahrung dieser Haltung, mit gerechter Benützung der Rechte der Papste seit Beginn des Krieges zu Unrecht als neutral bezeichnet worden sei, da sie vielmehr die einer vollständigen und freien Unparteilichkeit gewesen sei. Der Heilige Stuhl hielt ganz in Wahrung dieser Haltung, mit gerechter Benützung der Rechte der Papste seit Beginn des Krieges zu Unrecht als neutral bezeichnet worden sei, da sie vielmehr die einer vollständigen und freien Unparteilichkeit gewesen sei.

Der algerische Wirwar beginnt.

Wie der „Luzerner“ meldet, sind allein aus den bernischen Kantonen Thun, Nidwalden, Obwalden viele Hunderte von Bauernsöhnen in die Munitionsfabriken in Thun abgewandert. Aus Genf kommt die Nachricht, daß die Munitionsfabriken des Kantons Genf über 1500 Arbeiter entlassen mußten, weil eine Verminderung der Aufträge von England und Frankreich für 1918 eingetreten sei.

819 neue Abonnenten

brachte uns die ganz im Stillen betriebene Agitation unserer Genossen vom 1. bis 10. Januar dieses Jahres, meldet die „Berne Tageszeitung“ in ihrer gestrigen Nummer.

Ob man diese Sprache der Zahlen in unseren Reihen versteht? —

Die Petersburger Verhandlungen über den Gefangenenaustausch.

Petersburg, 11. Jan. (Havas.) Die „Rossa Schen“ meldet, die Samstag-Sitzung der russisch-deutschen Kommission für den Gefangenenaustausch sei außerordentlich bewegt verlaufen. Die russische Abordnung stellte

ngling

niederbehring

ermieten

ohnungen

EKUMA

Agente

Genève

Genève

Genève

Genève

Genève

Genève

Genève

Genève

Genève

Genève

